
FORUM: Deutschland nach Solingen

Bassam Tibi:

Deutsche Ausländerfeindlichkeit -ethnisch-religiöser Rechtsradikalismus der Ausländer. Zwei Gefahren für die Demokratie*

Prof. Dr. Bassam Tibi, geb. 1944 in Damaskus/Syrien, lehrt Internationale Politik an der Universität Göttingen und an der Harvard University in Cambridge/Mass. (USA).

Die Gewalttaten gegen Ausländer in Deutschland haben Wunden in der deutschen, durch die Verbrechen des Nationalsozialismus immer noch belasteten Kollektivseele aufgerissen. Für die verbrecherischen Taten einer Minderheit von deutschen Rechtsradikalen fühlt sich die gesamte Nation durch die ganze Welt angeklagt und zur kollektiven Selbstanklage und kollektiven Sühne für die Mordtaten von Rechtsradikalen gedrängt. In dieser hochemotionalisierten Situation steht jeder Deutsche unter dem Zwang zu bekunden: „Ich liebe Ausländer“, um sich durch diese verordnete Fremdenliebe von der Ausländerfeindlichkeit der deutschen Rechtsradikalen freizusprechen. Dabei wird völlig übersehen, daß es nicht nur die deutschen Rechtsradikalen, sondern im gleichen Maße Ausländer gibt, die nicht zum demokratischen Lager gehören und aus der mißlichen Situation in Deutschland Kapital schlagen.

In der muslimischen Gemeinde in Deutschland gibt es z. B. eine Minderheit — ebenso wie die deutschen Rechtsradikalen eine Minderheit unter den Deutschen darstellen —, die ich als islamische Fundamentalisten beschreibe. Diese Minderheit ist gegen die Integration der Muslime in die säkulare, demokrati-

* Der vorliegende Aufsatz basiert auf stark gekürzten Teilen einer Vorlesung des Autors an der Münchener Universität im Rahmen einer vom Piper-Verlag organisierten Vorlesungsreihe; der volle Text wird in dem Band: *Der neue und alte Rechtsradikalismus*, hg. Ulrich Wank, im Piper-Verlag München im Herbst 1993 neben den anderen Vorlesungen erscheinen.

sche deutsche Gesellschaft und predigt die *Scharia* (Gesetzeswerk, das das gesamte islamische Leben regelt) als Alternative zum Grundgesetz. Wollen die deutschen Rechtsradikalen die Ausländer deshalb nicht integriert sehen, weil sie diese lieber des Landes verwiesen sähen, so liegen die Gründe für die Einstellung der muslimischen Rechtsradikalen im Hinblick auf eine Integration im politisch-religiösen Bereich: Sie lehnen die Gültigkeit der demokratischen Werte und Normen einer säkularen Gesellschaft für Muslime definitiv ab. Der gemeinsame Nenner der Rechtsradikalen ist die Ablehnung der Demokratie. Für mich stellen beide Spielarten des Rechtsradikalismus gleichermaßen Bedrohungen für die Demokratie dar.

Deutscher Rechtsradikalismus und die politische Kultur Deutschlands

Über Rechtsradikalismus in der deutschen Geschichte zu sprechen heißt folgerichtig, sich mit der politischen Kultur Deutschlands und den Belastungen für die deutsche Demokratie zu befassen. Es trifft zu, daß Antisemitismus und Ausländerfeindlichkeit vergleichbare Erscheinungen sind. Aber beim Vergleichen von Antisemitismus und Ausländerfeindlichkeit als Erscheinungsformen des Rechtsradikalismus in Deutschland in unserer Krisenzeit stößt man auf eine Reihe von Schwierigkeiten. Einerseits scheint mir dieser Vergleich auf einer falschen Parallele zu fußen, wie ich noch näher begründen werde. Andererseits möchte ich als ein in der deutschen Kultur aufgewachsener Ausländer, d. h. als ein deutscher Ausländer, meine Beobachtung festhalten, daß die Angst der Deutschen vor dem Fremden nicht unbedingt als Ausländerfeindlichkeit qualifiziert und somit als Rechtsradikalismus eingestuft werden kann. Ich möchte einleitend vor dem leichtfertigen Umgang mit politischen Begriffen warnen.

Die real vorhandene, jedoch auf deutsche Minderheiten begrenzte rechtsradikale Ausländerfeindlichkeit und die Unfähigkeit der Deutschen, mit dem Fremden umzugehen, scheinen mir zwei voneinander getrennte Erscheinungen zu sein. Die erste Erscheinung hängt mit dem deutschen Rechtsradikalismus zusammen, aber die zweite resultiert aus der Tatsache, daß die Deutschen die außerhalb ihres Landes liegende Welt bestenfalls als Urlaubstouristen kennen und im Gegensatz zu ihren europäischen Nachbarn keine historische Erfahrung mit anderen, ihnen fremden Kulturen haben. In der politischen Kultur Deutschlands läßt sich viel Provinzialismus beobachten, der jedoch noch nicht mit Ausländerfeindlichkeit identisch ist.

Der zeitgeschichtlich orientierte politische Analytiker, der sich seit den Überfällen in Rostock mit den Ausschreitungen deutscher Rechtsextremisten gegen Ausländer befaßt, muß seine Überlegungen mit der Frage beginnen, ob die heute in Deutschland lebenden Ausländer in unserer Gegenwart die Objekte dessen geworden sind, was Georg Lukács einst „Eigentümlichkeiten der geschichtlichen Entwicklung Deutschlands“¹ nannte. Zu diesen Eigentüm-

¹ Georg Lukács, *Die Zerstörung der Vernunft*, Neuwied 1962, S. 37 ff.

lichkeiten gehört die Abneigung der Deutschen gegenüber allem, was ihnen fremd erscheint. Ich formuliere diesen Satz nicht als ein Vor-Urteil, sondern als ein Ergebnis meiner 31jährigen Erfahrung eines Lebens unter den Deutschen. Mit anderen Worten: Ich möchte die Unfähigkeit der Deutschen, mit dem Fremden umzugehen, kritisieren, sie jedoch vor jeder pauschalen Inkriminierung als „Ausländerfeinde“ in Schutz nehmen. Auch halte ich die Aussage, daß die Ausländer heute bei den Deutschen den Platz der Juden eingenommen hätten, als Gleichsetzung für verfehlt.² Über diesen Gegenstand in einer kritischen Zeit der polemischen Frontbildungen zu schreiben und hierbei zu differenzieren heißt, das Risiko einzugehen, zwischen die intolerant rivalisierenden und verhärteten Fronten zu geraten. Meine Kritik an den Deutschen könnte als deutschfeindlich mißdeutet werden, ebenso wie meine Ablehnung jeder pauschalen Inkriminierung der Deutschen als „Ausländerfeinde“ als Herunterspielung der rechtsradikalen Ausländerfeindlichkeit mißverstanden werden kann. Es ist deshalb wichtig für mich hervorzuheben, daß ich als ein Nicht-Deutscher von den Schuldcomplexen manch deutscher Gesinnungsethiker frei bin und somit nicht unter dem Zwang stehe, mich von der „Ausländerfeindlichkeit“ durch „Fremdenliebe“ reinzuwaschen. Meine Kritik an der Ausländerfeindlichkeit deutscher Rechtsradikaler umfaßt auch eine Kritik am Rechtsradikalismus der „Ausländer“, den ich unter Teilen der islamischen Gemeinde in Deutschland beobachte: In dem sich ausbreitenden Fundamentalismus einiger islamischer Kreise im deutschen Exil sehe ich ebenfalls eine rechtsradikale Bedrohung für die Demokratie in diesem Lande.

Sind Ausländer die neuen Juden der Deutschen?

Zunächst möchte ich hervorheben, daß der Antisemitismus wie die Ausländerfeindlichkeit eine gesamteuropäische Erscheinung ist, auch wenn die Deutschen diese Krankheiten zu den Barbareien des Nationalsozialismus weiterentwickelt hatten.

Als ein aus dem islamischen Orient stammender Ausländer, der sich das cartesianische Denken in der Tradition des deutschen Idealismus und der darauf fußenden Frankfurter Schule zu eigen gemacht hat, bin ich ein scharfer Kritiker der Deutschen, der jedoch als ein im Rahmen der kulturellen Moderne denkender Mensch die demokratischen Züge deutscher Kultur liebt. Wie viele meiner jüdischen Freunde, von dem verstorbenen geschätzten Freund Reinhard Bendix bis zu dem in Jerusalem lehrenden Shlomo Avineri und natürlich meinen jüdischen Frankfurter Lehrern, bin ich der deutschen Kultur verbunden und weigere mich - trotz durchaus berechtigt scharfer Kritik -, in eine Verteufelung der Deutschen durch manchen Ausländer in anti-deutscher Manier einzustimmen. Es ist sehr eigentümlich, sich oft in Situationen wiederzufinden, in denen ich vom intellektuellen Standpunkt der Aufklärung aus die deutsche Kultur nicht nur gegen Ausländer, sondern vor allem gegen ihre

² Bassam Tibi, Falsche Parallele. Antisemitismus und Ausländerfeindlichkeit, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 15. April 1993, S. 12.

deutschen romantisierenden Selbsthasser verteidigen muß. Meine Angst vor der anti-westlichen deutschen Romantik als Gegenaufklärung ist nicht geringer als meine Angst vor deutschem Fremdenhaß und ebenso vor dem Rechtsradikalismus der Ausländer in Deutschland.

Das Deutschland, das ich liebe, ist das Deutschland westlicher Kultur und Demokratie. Der Haß manch deutscher Intellektueller unserer Gegenwart auf den Westen (z. B. während des Golfkrieges), gepaart mit der Neubelebung der deutschen anti-westlichen Romantik, weckt nur meine Angst vor denjenigen Deutschen, denen demokratisch denkende Ausländer und Juden nicht vorbehaltlos trauen können. Es ist sehr bedauerlich, daß der deutsche Beitrag zur westlichen Aufklärung, d. h. diejenige Komponente der deutschen Kultur (Kant, Hegel u. a.), die mich und ähnlich denkende demokratische deutsche Ausländer und Juden inspiriert, bisher nicht zu einem Wesensmerkmal der deutschen politischen Kultur geworden ist. Die Deutschen sind durch eine „Partikularität“ ihrer Geschichte gekennzeichnet, der die deutsche politische Kultur „ihre Entfremdung vom westlichen Geist verdankt“.³ Die Deutschen bleiben bis heute als Volk eigentümlich und ängstlich und in unserem Kontext feindlich gegenüber dem Fremden. Die Aktivierung dieser „Eigentümlichkeit“ (Lukács) in unserer Zeit ruft Angst in mir hervor. Es ist nicht leicht für einen Ausländer, sich in Deutschland heimisch zu fühlen. Ich habe dieses Gefühl in meinem deutschen Lebensbereich an anderer Stelle als eine Schwierigkeit bezeichnet.⁴ Ein deutscher Nationalist würde auf eine solche Formulierung aggressiv mit der Frage reagieren, warum ich Deutschland dann nicht verlasse? Diese Frage ist mir bereits mehrfach gestellt worden. Meine Antwort auf eine solche Frage habe ich nach dem Golfkrieg nicht zufällig an dem symbolischen Ort der deutschen Demokratie, in der Frankfurter Paulskirche gegeben.⁵ Das Thema des Symposiums dort („Denk' ich an Deutschland“) stammt von dem jüdischen Denker Heine, der der deutschen Kultur angehört. Als ein deutscher Ausländer will ich in diesem Land im Rahmen des kulturellen Erbes des deutsch-demokratischen Juden Heinrich Heine leben. Für mich gehört dieser große deutsche Jude zur deutschen demokratischen Kultur, die leider bis 1945 peripher blieb. Nach der Zählung des deutschen Faschismus - wohlgerne durch den Westen, gegen den heute mancher Deutsche demonstriert - hat ein Prozeß der Verwestlichung und somit der Demokratisierung Deutschlands begonnen. Der Abbau von Antisemitismus und Ausländerfeindlichkeit gehören zu diesem Prozeß der Einbeziehung Deutschlands in die westliche politische Kultur, an dem auch diejenigen deutschen Juden und Ausländer, die sich zur Demokratie bekennen, seitdem neben deutschen Demokraten mitwirken.

3 Jürgen Habermas in seinem Nachwort zu Hegel, *Politische Schriften*, Frankfurt/M. 1966, S. 370.

4 Bassam Tibi, Nicht über Bagdad, sondern direkt! Die Schwierigkeit, an der deutschen Universität heimisch zu sein, in: Namo Aziz (Hg.), *Fremd in einem kalten Land*, Freiburg/Br. 1992, S. 121 -136.

5 Bassam Tibi, Was denken die Deutschen?, in: *Dokumentation der Quandt-Stiftung/Symposium „Denk' ich an Deutschland“*, durchgeführt in der Paulskirche am 26. April 1991, München 1991.

Ich möchte mit allem Nachdruck die doppelte Dimension der demokratischen Forderungen unterstreichen: Die in Deutschland lebenden Ausländer haben Rechte und können somit - jedoch nur in einem demokratischen Rahmen und unter Beachtung der europäischen Identität Deutschlands - politische und soziale Forderungen stellen. Aber auch die Deutschen müssen Forderungen stellen dürfen, wenn sie sich von ausländischen Rechtsradikalen nicht einschüchtern lassen wollen, die die Kritik an der Ausländerfeindlichkeit rechtsextremer Deutscher in eine Frontstellung gegen alle Deutschen verwandeln und hierbei Handlungsspielraum für ihre undemokratischen Aktivitäten zu gewinnen versuchen. Für mich als Ausländer und Demokrat gehört die Überwindung der Ausländerfeindlichkeit zu den Aufgaben der Demokratie. Zu diesen Aufgaben gehört aber nicht die Erlangung des Rechts, ausländische Ghettos in der Bundesrepublik, etwa eine religiös-politische Insel von „*Dar al-Islam/Haus* des Islam“ im säkularen Deutschland, zu bilden. Als ein demokratisch gesonnener Muslim ist es meine Überzeugung, daß Muslime in Deutschland nur als Euro-Muslime, als demokratische Mitbürger integriert werden können, d. h., wenn sie die Trennung zwischen Politik und Religion (Säkularität), uneingeschränkte Toleranz auch gegenüber Andersdenkenden und -glaubenden und auch den Pluralismus (kein Monopol für Muslime auf Wahrheit ihrer politischen Auffassungen) anerkennen. Die Alternative zu diesem demokratischen Euro-Islam ist nach meiner Auffassung ein Ghetto-Islam, der einen fruchtbaren Boden für Fundamentalismus und damit Rechtsradikalismus der muslimischen Ausländer bietet. Man muß auf einem Auge blind sein, wenn man nur den Rechtsradikalismus der Deutschen, nicht aber den der Ausländer sieht (seien es kurdische PKK-Anhänger, Fundamentalisten, serbische Ethno-Nationalisten u. a.). Rechtsradikale sind in jedem Fall eine Gefahr für die Demokratie in Deutschland, ganz gleich, ob sie Deutsche oder Ausländer sind.

Ausländerfeindlichkeit, Zuwanderung und die Bildung von ethnischen Kollektiven

Im Zusammenhang mit der im Titel angedeuteten Problematik möchte ich die Frage stellen: Wäre die Bildung von ethnischen Kollektiven innerhalb der deutschen Gesellschaft ein Beitrag zur Demokratisierung Deutschlands, zu der gleichermaßen der Abbau und die Bewältigung von Antisemitismus und Ausländerfeindlichkeit gehören? Ich denke, daß die Bildung von ethnischen ausländischen Kollektiven in Deutschland eher zur Verstärkung der Ausländerfeindlichkeit als zur Überwindung dieses Übels durch Demokratisierung beitragen würde.

Ehe ich diese Feststellung vertiefe, möchte ich bei den Gegenständen Antisemitismus und Ausländerfeindlichkeit verweilen und hervorheben, daß beiden nur eines gemeinsam ist: Beide sind große Belastungen für die junge, auf der Verwestlichung Deutschlands basierenden Demokratie. Im Inhalt hinken die meisten anderen Elemente dieses Vergleichs. Denn die Juden sind

ein Volk, und die Deutschen schulden ihm historisch Versöhnung; „Ausländer“ als Gattung gibt es jedoch nicht. Die junge deutsche Demokratie kann bei der Bewältigung des Antisemitismus gute Leistungen vorweisen, wie Reinhard Bendix, der Autor von „Von Berlin nach Berkeley“, mehrfach lobend erwähnt hat. Ein deutscher Jude, Michael Wolffsohn, gab einem seiner Bücher den Titel „Keine Angst vor Deutschland“,⁶ um - trotz seiner Vorbehalte - diese Leistungen zu würdigen. Ähnlich wie deutsche Juden zur deutschen Kulturgeschichte gehören, so reiht sich ein Teil der in Deutschland lebenden Ausländer als deutsche Ausländer in die junge Geschichte der deutschen Demokratie ein. In der bereits zitierten Rede in der Frankfurter Paulskirche habe ich im April 1991 gesagt, daß man diese Tradition der Integration von Nichtdeutschen in Deutschland als Bestandteil der deutschen Demokratie oder als eine Variante der deutschen Demokratie begründen sollte. Und weiter: „Ich bin ethnisch Nichtdeutscher, aber ich bin kulturell Deutscher (...) trotz der Ablehnung. Und ich hoffe, daß es mir gelingt, diese Tradition der deutschen Demokratie (...) zu begründen.“

Im Gegensatz zu den Juden als einem Volk gibt es jedoch keine klar definierte Größe „Ausländer“ in der Beziehung zu den Deutschen. Denn ein Volk oder eine Gattung dieses Namens gibt es nicht. Ich schlage deshalb vor, die Gruppe der deutschen Ausländer und deren Belange bei der Durchdringung der anstehenden Problematik von dem Rest der Menschheit, die ja von Deutschland aus gesehen aus Ausländern besteht, abzukoppeln. Nur so läßt sich die Problematik der Ausländer in Deutschland seriös und konkret diskutieren. Bei der Bewältigung der deutschen Ausländer-Problematik geht es weder um Elend noch um politische Verfolgung außerhalb dieses Landes, sondern konkret um die Ausländer, die in Deutschland leben. Es ist sehr wichtig, beide Bereiche strikt auseinanderzuhalten.

Heute wird in den bundesrepublikanischen Debatten der Begriff „Ausländerfeindlichkeit“ in einer unspezifischen Weise verwendet und somit auch gegen die Kritiker der unkontrollierten Zuwanderung in die Bundesrepublik gewandt. Als ein in Deutschland lebender Ausländer halte ich es für falsch, die Ängste der deutschen Bevölkerung vor den sozialen Folgen unkontrollierter Zuwanderung pauschal als „Ausländerfeindlichkeit“ und gar als Rassismus⁷ zu inkriminieren. In den großen deutschen Städten wie Frankfurt, München und Hamburg lebten Deutsche und Ausländer bis zum Beginn des Zustroms von Zuwanderern friedlich nebeneinander. Für diejenigen unter ihnen, die integriert sind, möchte ich den Begriff „deutsche Ausländer“ verwenden. „Deutsche Ausländer“ sind also Menschen, die dieses Land als ihre Wahlheimat lieben, zu seinem Wohl durch Arbeitsleistungen beitragen und sich vor allem zu seiner Demokratie bekennen. Ebenso wie demokratische Deutsche

6 Michael Wolffsohn, *Keine Angst vor Deutschland*, Erlangen 1990.

7 Das ist leider der Tenor in den Beiträgen des Bandes: *Rassismus in Europa*, hg. von Ch. Butterwegge und S. Jäger, Köln 1992; vgl. die kritische Rezension von Wolfgang Kowalsky in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom 4. Mai 1993, worin der Rezensent zu Recht den Vorwurf erhebt, die Autoren würden „zu einer antirassistischen Diktatur Zuflucht nehmen“.

möchten auch diese Ausländer die Bundesrepublik nicht durch unkontrollierte Zuwanderungen destabilisiert und gefährdet sehen.

In Frankreich gibt es eine vergleichbare Situation. Der neue Innenminister Pasqua wurde wegen der jüngsten restriktiven Einwanderungsbestimmungen des „Rassismus“ bezichtigt. Es mag manchen überraschen, die Ergebnisse einer Umfrage des renommierten französischen Meinungsforschungsinstituts Sofres zu vernehmen, derzufolge die Mehrheit der in Frankreich lebenden und integrierten Ausländer diese Bestimmungen deshalb begrüßt, weil sie „nicht ständig mit den (...) den Immigranten angelasteten Problemen konfrontiert werden möchten“.⁸ Die Befragung ergab einen „unerwarteten Konsens“, der auch von in Frankreich lebenden Asiaten und Afrikanern geteilt wurde, die die selbsternannten französischen „antirassistischen Organisationen“ - so ihr Sprecher, der Maghrebiner Arzeki Dahmani - beschuldigen, „den Anpassungs- und Integrationswunsch der Immigranten völlig zu verkennen“. Die Lage in Deutschland ist nicht anders, wo deutsche Gesinnungsethiker sich zum Sprachrohr der „Ausländer“ machen, als könnten diese nicht selbst ihre Wünsche und Bedürfnisse zum Ausdruck bringen.

Die Integration der deutschen Ausländer in das demokratische deutsche Gemeinwesen, in dem sie Bürger werden können, wäre ein Beitrag zur Festigung der jungen deutschen Demokratie, wohingegen die Bildung von ethnischen Kollektiven im Rahmen der unkontrollierten Zuwanderung die Demokratie in Deutschland erheblich beeinträchtigen würde. Die angesprochene Gruppe deutscher Ausländer ist von jenen vielen Millionen Menschen in der gesamten Welt abzuheben, die - nach persönlichen Beobachtungen auf meinen vielen Reisen in Asien und Afrika - mit gepackten Koffern auf den durch Schieberbanden gegen hohe Zahlungen organisierten Transport in das versprochene „Paradies Deutschland“ warten. Es handelt sich vorwiegend um Menschen aus vormodernen Kulturen, die zuwandern wollen und für die in Deutschland keine wirtschaftlichen und sozialen Integrationsmöglichkeiten bestehen. Würden sie einwandern, dann wäre die Bildung ethnisch-religiöser Kollektive die unmittelbare Folge. Außerdem: Es gibt kein Grundrecht auf uneingeschränkte Zuwanderung. Man darf die Menschenwürde jener „Ausländer“, die aus vormodernen Kulturen kommen, nicht mit der Berechtigung auf uneingeschränkte Zuwanderung verwechseln.

Der Wunsch der Mehrheit der Deutschen nach einer Beschränkung der Zuwanderung darf nicht mit Ausländerfeindlichkeit verwechselt werden. Die deutsche Angst vor „dem Fremden“ kann nicht durch eine verordnete, überbordende gesinnungsethische „Fremdenliebe“ und durch masochistische Selbstanklagen bewältigt werden. Nur im Alltagsleben mit den in Deutschland lebenden Ausländern, die hier ihre Heimat haben und in dieser Gesellschaft als demokratische Mitbürger integriert sind, können die Deutschen diese Angst überwinden. Eine Ausländerfeindlichkeit, die durchaus als ein

⁸ Hierüber der ausführliche Bericht „Frankreichs Ausländer zu den Ausländergesetzen“, in: *Neue Zürcher Zeitung* vom 15. Juli 1993, S. 3.

Potential existiert, läßt sich nur konkret gegenüber den ausländischen Mitbürgern, d. h. den „deutschen Ausländern“, die durch ihren Beitrag zum deutschen Gemeinwesen Rechte erworben haben, meistern.

Eine unkontrollierte Zuwanderung könnte aus der beschriebenen Sicht einerseits die vollzogene Integration der bereits in Deutschland lebenden Ausländer in die deutsche Gesellschaft gefährden, andererseits zur Bildung von ethnisch formierten sozialen Randgruppen als nicht-integrierte Kollektive beitragen, die wiederum das Potential der Ausländerfeindlichkeit in dieser Gesellschaft aktivieren würden. Jedes Gemeinwesen, das aus nicht in sich integrierten Kollektiven besteht, wird mit Problemen der Ethnizität belastet. Die Folge sind gewaltförmige Konflikte, z. B. ethnisch bedingte Straßenschlachten. Ethnizität scheint global die Hauptkonfliktquelle im Übergang zum 21. Jahrhundert zu werden. Auf diese Ängste der deutschen, d. h. integrierten Ausländer hinzuweisen, ist weder „Ausländerfeindlichkeit“ noch „Selbsthaß“.⁹ Jede Gesellschaft benötigt zu ihrem Wohl eine im Rahmen einer politischen Kultur integrierte Bevölkerung als ein Gemeinwesen; entsprechend ist die Forderung, daß Ausländer, die in Deutschland leben wollen, integriert sein müssen, weder „Germanisierung“ (Heiner Geißler) noch eine gegen sie gerichtete überhebliche oder ausländerfeindliche Einstellung.

In meinen Beiträgen über die Muslime im europäischen Deutschland¹⁰ argumentiere ich, daß Integration nichts anderes heißt als Anerkennung der kulturellen Moderne und ihrer demokratischen politischen Kultur als verbindlich auch für die Muslime, die in Europa leben. Europäer können nicht darauf verzichten, demokratische Forderungen an die Muslime zu richten, ohne die kulturelle Identität Europas zu gefährden. Die deutsche Gesellschaft besitzt, wie jede andere Gesellschaft, begrenzte Kapazitäten zur Integration, und so muß der Zustrom quantitativ entsprechend eingeschränkt und an demokratische Forderungen geknüpft werden. Verfährt man nicht auf diese Weise, dann trägt man weder zum Wohle der in Deutschland lebenden Ausländer bei, noch handelt man gegen Ausländerfeindlichkeit. Ganz im Gegenteil: Ethnische, nicht integrierte Randgruppen in der deutschen Gesellschaft würden als Kollektive eine Belastung für die Integrationspolitik und auch eine Bedrohung für die bereits integrierten Ausländer bilden. Ethnische Kollektive der Ausländer würden in einer solchen Situation die deutschen Kollektive der Rechtsradikalen aus der Gegenfront auf den Plan rufen. Rechtsradikale beider Lager würden sich gegenseitig Schlachten liefern. Auf der Strecke würde in einer solchen Krisensituation die Demokratie bleiben. In Mitleidenschaft würden in einem solchen Zustand gleichermaßen Deutsche und Ausländer gezogen werden, die sich als demokratische Individuen und nicht als Bestandteile von Kollektiven fühlen. Man könnte gegen ein solches Szenario gesinnungsethisch argumentieren. Gesinnungsethik ist jedoch keine Basis, auf der eine an der Realität orientierte gesellschaftliche Option entwickelt werden könnte, um

9 Bassam Tibi, Zum Schaden integrierter Ausländer, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 18. Dez. 1992, S. 13.

10 Vgl. u. a. Ders., Euro-Muslime als Brücke zwischen Orient und Okzident, in: *Das Parlament* 8/15. Januar 1993, S. 11.

die historisch-kulturell bedingte Unfähigkeit der Deutschen, mit allem Fremden umzugehen, im Rahmen einer pluralistischen politischen Kultur zu bewältigen.

Auf der Suche nach einem Ausweg

Bedingt durch die Belastung ihrer Vergangenheit können auch Demokraten nicht frei über diese Problematik sprechen. Ähnlich wie der jüdische Historiker Walter Grab oder der jüdische Soziologe Reinhard Bendix, die zur deutschen Kultur gehören, sich historisch unbelastet zur deutschen Geschichte und Kultur geäußert haben, können deutsche Ausländer in gleicher Weise unbelastet über praktische Wege und Methoden der Bewältigung des Fremdenhasses in Deutschland und der gleichzeitigen Einschränkung der Zuwanderung laut nachdenken. Deutsche Gesinnungsethik, wie Helmuth Plessner sie in seinen Emigrationsjahren nach der Flucht vor der NS-Herrschaft kritisch als „innerweltliche Weltfrömmigkeit“ charakterisiert hat, kennt nur eine Lösung: Fremdenliebe sei die Medizin gegen Fremdenhaß. Helmuth Plessner schrieb, die deutsche Gesinnungsethik anklagend, „wir Deutschen verstünden in Dingen des öffentlichen Lebens kein rechtes Maß zu finden und verfielen immer wieder dem Zauber extremer Staatsvergottung oder Staatsverneinung“.¹¹ Ähnliches läßt sich im Bereich der Ausländerproblematik beobachten: Im öffentlichen Leben der Bundesrepublik findet man neben der Ausländerfeindlichkeit die überbordende Fremdenliebe.

Kurzum: Wenn wir über Ausländerfeindlichkeit sprechen, geht es um die in Deutschland lebenden Ausländer und nicht um die Menschen in der Welt schlechthin. Die Probleme der Deutschen mit Ausländern können nur auf dieser Ebene und nicht auf jener der gesinnungsethischen Klagen über Armut und Elend in der gesamten Welt bewältigt werden. Hinzu kommt, daß die in Deutschland lebenden Ausländer - im Gegensatz zur vergleichsweise homogenen Gruppe der Juden - aus zahlreichen, oft vormodernen Kulturen stammen. Entsprechend müssen die Probleme kulturspezifisch und jeweils konkret angesprochen werden. Konkret sprechen heißt, auf die zahlenmäßig größte Einzelgruppe unter den in Deutschland lebenden Ausländern, die muslimischen Emigranten, einzugehen. Zur Integration der Muslime und anderer Ausländer in Deutschland ist es erforderlich, ihnen Bürgerrechte zu gewähren, um sie nicht in das Ghetto der Fundamentalisten zu treiben. Die Mordtaten deutscher Rechtsradikaler an muslimischen Türken waren Wasser auf die Mühlen manch muslimischer Rechtsradikaler, die stets gegen eine demokratische Integration waren und noch sind und eine Politik der Ghettoisierung betreiben. Die einzige Lösung für die Ausländerfeindlichkeit kann in einer Politik demokratischer Integration liegen. Gegen eine solche Politik eingestellt sind nicht nur deutsche Rechtsradikale, sondern auch islamische Fundamentalisten, wenngleich aus anderen Motiven. Demokratische Forderungen müssen also gleichermaßen an Deutsche und Ausländer gestellt werden. Die

¹¹ Helmuth Plessner, *Diesseits der Utopie*, Frankfurt/M. 1976, S. 9.

Umkehrung der Ausländerfeindlichkeit in eine verordnete Ausländerliebe, die blind gegenüber Rechtsradikalismus unter den Ausländern ist, kann die angespannte Situation nur noch mehr anheizen. Ähnlich wie Juden Antisemiten und Philosemiten gleichermaßen mißtrauen, so sind uns integrierten Ausländern diejenigen, die verordnete Ausländerliebe predigen, nicht sympathischer als diejenigen, die uns laut entgegenrufen: „Ausländer raus!“. Wann geben die Deutschen ihre gesinnungsethische Neigung zu extremen Haltungen, wie ich sie in Anlehnung an den großen Deutschen Hehnuth Plessner angesprochen habe, auf? Die Antwort auf „Ausländer raus“ muß nicht das andere Extrem „Ausländer rein“ sein, sondern kann nur ein friedliches Zusammenleben mit den Ausländern, die als demokratische Mitbürger „unter uns“ sind, heißen.